Bericht

iris e.V.
IRIS e.V., Institut für regionale
Innovation und Sozialforschung

Ergebnisse
Forschungsprojekt
UP2YOUTH
IRIS
http://www.up2youth.org
veranstaltet
Bundesprogramm
führt
Xenos Projekts
durch.Jugend
Akteur
wissenschaftlichen
UP2YOUTH-Website
Begleitung
Ausbildung
abgeschlossen
abgerufen
AusbilderInnen
veröffentlicht
Projekt
sozialen
Brüssel
Bericht
vielfalt.html
http://www.up2youth.org/content/category/7/52/69
seit
integration
Wandels
Integration
Jugendforschung
de/bildung/ausbildung
europäischer
Vielfalt
Abschlussseminar
europäische
ausbilderinnen
koordinierte
geförderte

Herausgeber:

Institut für regionale Innovation und Sozialforschung, IRIS e.V.
Fürststraße 3, 72072 Tübingen
Tel. +49 7071 79520-60, Fax 79520-77

Internet: www.iris-egris.de
E-Mail: iris.tue@iris-egris.de

V.i.S.d.P.: Dr. Gebhard Stein (Geschäftsführer)

Cover unter Benutzung einer mit wordle.net erstellten Illustration
(CC-Lizenz)

Abschlussbericht

Buden Bürgerschaftlich begleiten

Stand: 30.10.2013

Autorinnen:

Jutta Goltz

Andrea Bosch

IRIS e.V.

Fürstsr. 3

72072 Tübingen

www.iris-egris.de

Inhalte

1 Zusammenfassung des Gesamtprozesses aus Sicht der Evaluation 5

2 Empfehlungen 9

3 Auswertung der Ortsvorsteherbefragungen 12

3.1 Befragung 2011 12

3.2 Befragung 2013 30

4 Auswertung der Budenforen 41

4.1 Budenforum 2012 41

4.2 Budenforum 2013 44

5 Auswertung Beratungsanfragen 47

1 ZUSAMMENFASSUNG DES GESAMTPROZESSES AUS SICHT DER EVALUATION

Zielsetzung des Projektes „Buden bürgerschaftlich begleiten“ war es laut Projektantrag, „ein Modell zum Umgang mit Jugendbuden in den Gemeinden des Landkreises Biberach“ zu erarbeiten. Dabei sollten „Bürger aus den Gemeinden“ ihre „Mitverantwortung für das Gemeinwesen“ wahrnehmen und „Jugendbuden begleiten“. Weitestgehende Idee dabei war, diese engagierten Bürger zu „Mediatoren und Realisierungsberatern für Gemeinden und Buden auszubilden“.

In einem ersten Schritt wurden qualitative Interviews mit Jugendlichen aus Buden durchgeführt (ein entsprechender Auswertungsbericht von Thea Koss und Burkhard Fehrlen liegt bereits vor), um über eine fundierte Ausgangslage zur Selbsteinschätzung von Jugendlichen und ihren Buden zu verfügen. IRIS e.V. kam nach diesem Erhebungsschritt in 2011 hinzu und übernahm im Folgenden die Aufgaben:

- Beratung der Projektleitung zur Steuerung des weiteren Vorgehens
- Regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen der Steuerungsgruppe
- Beratung und Begleitung der Konzeptionsentwicklung zum Umgang mit Jugendbuden im Landkreis (Erarbeitung des Budencheckers, Erarbeitung von Empfehlungen)
- Durchführung und Auswertung von zwei telefonischen Ortsvorsteher- und Bürgermeisterbefragungen in 2011 und 2013
- Teilnahme an den Budenforen 2012 und 2013 sowie Auswertung dieser Veranstaltungen
- Erstellung eines Dokumentationsrasters für Beratungsanfragen sowie deren Auswertung

Nach nunmehr drei Jahren Projektarbeit kann aus Sicht von IRIS e.V. ein überaus positives Resümee gezogen werden, auch wenn sich nicht alle ursprünglich anvisierten Ziele umsetzen ließen.

Positiv herauszuheben sind folgende Punkte:

- Im Laufe des Projektes ist ein überaus konstruktiver Kommunikations- und Vernetzungszusammenhang insbesondere im Rahmen der Steuerungsgruppe entstanden. Durch die Beteiligung unterschiedlichster Akteure (Bürgermeister, Polizei, Jugendhilfeplanung, Kreisjugendring, Kreisjugendreferat, IRIs e.V.) in allen Phasen des Projektes konnten immer wieder die unterschiedlichsten inhaltlichen Perspektiven auf das Handlungsfeld eingenommen und gewinnbringend zusammen gebracht werden.

- Als größter inhaltlicher Erfolg ist es zu werten, dass es dem Projekt gelungen ist, die fachliche Herausforderung der Gestaltung des Dilemmas von selbstverantworteter, offener Jugendarbeit einerseits und dem Wunsch nach einem verbindlichen Regelwerk andererseits aufzugreifen und weder in die eine, noch die andere Richtung einseitig aufzulösen. Mit dieser permanenten Herausforderung der Gestaltung von Widersprüchen waren alle Beteiligten beschäftigt und es konnten Formen gefunden werden, diese zu thematisieren.

- Im Laufe des Projektes wurde mit dem Budenchecker ein Instrument erarbeitet, das allen Beteiligten (Jugendlichen, Gemeinden, Verwaltung, Eltern, Professionellen) einen Orientierungsrahmen bietet, ohne die erwähnte Komplexität oder Widersprüchlichkeit aufzulösen.

- Über das Budenforum ist es gelungen, Budennutzer/innen und Gemeindeverantwortliche in einen gegenseitigen Austausch zu bringen und eine Kultur des Zuhörens und gegenseitigen Respekts zu schaffen. Partizipation at its best konnte hier umgesetzt werden.

- Durch die Befragung von Ortsvorsteher/innen und Bürgermeister/innen in 2011 und 2013 konnte deren Sichtweise und auch Unterstützungsbedarf erstmalig sichtbar gemacht werden. So wurde deutlich, wie wichtig ein allgemeiner Orientierungsrahmen für die Gemeinden ist und dass die jeweils Verantwortlichen bislang Entscheidungen für sich treffen mussten ohne unterstützenden Austausch mit anderen bzw. ohne grundsätzliche Einschätzungen zum Thema an der Hand zu haben. Hierfür ist der Budenchecker hilfreich – wie sich in der Nachbefragung 2013 gezeigt hat.

- Deutlich wurde im Rahmen des Prozesses auch die zentrale Rolle des Kreisjugendreferats in diesem Handlungsfeld. Mit dem Unterstützungs- und Interventionskonzept konnten für alle Beteiligten klare und transparente

Entscheidungswege und Zuständigkeiten aufgezeigt werden. Und wie die Dokumentation der Beratungsanfragen an das Kreisjugendreferat zeigt, wird insbesondere deren (Konflikt-)Moderationskompetenz in komplexen Aushandlungssituationen verlangt. Diese neutrale Moderation kann vor Ort zu gelingenden und tragfähigen Lösungen beitragen und Konfliktlagen massiv entschärfen.

Insgesamt konnte durch das Projekt das Thema Jugendbuden aus seinem bislang eher tabuisierten Schattendasein herausgehoben und auf die fachliche und öffentliche Agenda gesetzt werden. Dadurch entstand ein neues Bild von Jugendbuden und deren Potenzial. Exemplarisch hierzu ein paar Äußerungen von verschiedenen Seiten:

„Im Ergebnis ist es besser gekommen als ich mir das vorgestellt hatte. (…) Also wirklich gut. Auch dass das Landratsamt das wissenschaftlich hat begleiten lassen. (…) Der Prozess als solcher war wirklich gut und die Ergebnisse sind sehr gut.“ (Polizeidirektor, 2013)

„Ich finde es sehr, sehr gut, dass das Projekt gemacht wurde. Es wurde wirklich sehr professionell aufbereitet. (…) In anderen Landkreisen gibt es das zum Beispiel gar nicht. (…) Es ist toll, das man das im Kreis Biberach gemacht hat. Das ist einfach eine Basis. Wichtig ist mir, dass die Buden als gesellschaftliche Tatsache gesehen werden.“ (Ortsvorsteher, 2013)

„Ich bin sehr zufrieden mit der ganzen Geschichte. Man hat die Buden aus der zwielichtigen Illegalität herausgebracht und hat offen Farbe bekannt. Und man hat die Anforderungen und Wünsche miteinander ausgehandelt und klar formuliert. So ist ein konsequenter Aufeinander-zu-Prozess entstanden.“ (Ortsvorsteher 2013)

Abstriche musste das Projekt lediglich im Bereich der bürgerschaftlichen Begleitung von Jugendbuden machen. Hier hat sich im Laufe der Zeit gezeigt, dass die zunächst gesteckten Ziele zu hoch angesetzt waren. Es ist bislang immer noch eher unüblich, in Gemeinden feste Ansprechpartner/innen für Jugendbuden zu haben. Solange alles läuft, wird hier seitens der Gemeinde kein Bedarf gesehen. Kommt es zu Konflikten sind meist die Ortsvorsteher/innen bzw. Bürgermeister/innen in der Verantwortung. An dieser Stelle wurde den Projektbeteiligten deutlich, dass es zunächst als Gewinn zu sehen ist, das Thema Jugendbuden generell zum Thema zu machen und innerhalb der Gemeinden eine Auseinandersetzung darüber anzustoßen, inwieweit sich Gemeinden auch in der

Verantwortung für Jugendbuden zu sehen haben. Auf diese Frage gibt es keine abschließenden Antworten. Mit dem jährlich stattfindenden Budenforum konnten jedoch Formen geschaffen werden, für solche Aushandlungsprozesse Räume und Zeit bereit zu stellen. Ein erster und durchaus notwendiger und wichtiger Schritt.

2 EMPFEHLUNGEN

In der abschließenden Steuerungsgruppensitzung des Projektes wurden nachfolgende Empfehlungen erarbeitet, um das Projekt „Buden bürgerschaftlich begleiten“ auch zukünftig im Landkreis weiter zu verfolgen.

Planung und Koordination

Das Projekt hat gezeigt, welches Potenzial in Jugendbuden vorhanden ist, wo aber auch mögliche Konfliktfelder bzw. Unterstützungsbedarfe liegen. Deutlich wurde, dass das Thema Jugendbuden auch zukünftig zielorientiert bearbeitet werden muss. Dazu gehören folgende Punkte:

- Die **Jugendhilfeplanung** hat eine Verantwortung für dieses Handlungsfeld. In einem ersten Schritt sollte überprüft werden, wie Jugendbuden bislang in der Jugendhilfeplanung vorkommen. Zukünftig sollten Jugendbuden ein fester Bestandteil der Jugendhilfeplanung sein.

- Auf operativer Ebene kommt dem **Kreisjugendreferat** eine zentrale Koordinations- und Steuerungsfunktion zu. Diese umfasst:
  - Beratung von Jugendbuden und Gemeinden
  - Koordination des Budenforums
  - Aktualisierung der Budenliste
  - Öffentlichkeitsarbeit, Gremienarbeit
  - Dokumentation und Evaluation

- In den **Gemeinden** müssen feste Ansprechpartner/innen (Bürger/innen, Gemeinderät/innen, Ortsvorsteher/innen ….) benannt werden, auf die bei Planungsanfragen oder in Konfliktsituationen zugegangen werden kann.

Konkrete Aktivitäten

Im Rahmen des Projektes wurden konkrete Aktionen bzw. Instrumente entwickelt, die auch zukünftig genutzt werden sollen. Die Koordination hierfür liegt beim Kreisjugendreferat:

- Der **Budenchecker** hat sich als ein hilfreiches Instrument erwiesen. Er sollte
  - bei Bedarf nachgedruckt werden.
  - als online Version auf der Homepage www.ju-bib.de eingestellt werden. Dies gilt insbesondere auch für die Musternutzungsvereinbarungen.
  - bei der Aktualisierung der Budenliste an alle Gemeinden mit verschickt werden.
  - auf Facebook beworben werden.

- Das **Budenforum** hat sich als eine äußerst produktive Beteiligungsform für Jugendliche, Gemeindevertreter/innen wie auch professionelle Akteure/ Kooperationspartner erwiesen. Das Budenforum sollte
  - weiterhin einmal jährlich durchgeführt werden.
  - weiterhin den direkten Austausch und Dialog zwischen den Beteiligten fördern.
  - seinen Workshop-Charakter beibehalten und fachliche Impulse (auch durch Fachreferent/innen) bieten.
  - sich an den Interessen und Bedarfen der Buden und Gemeinden orientieren (Bedarfsabfrage im Vorfeld).
  - weiterhin mittels des vorhandenen Fragebogens ausgewertet werden.
  - dokumentiert und auf der Homepage www.ju-bib.de eingestellt werden.

- Konkrete **Projekte mit und für Buden** sind als sinnvoll zu betrachten. Diese werden situations- und anlassbezogen entstehen und sind ggfs. durch das Kreisjugendreferat oder den Kreisjugendring zu begleiten. Es ist jedoch nicht vorrangige Aufgabe des Kreisjugendreferats, Projekte aktiv zu initiieren.

- Die **Budenliste**, die gemeinsam von Kreisjugendreferat und Polizei geführt und verwaltet wird, sollte auch zukünftig alle zwei Jahre aktualisiert werden.

Öffentlichkeitsarbeit/ Kommunikation/ Vernetzung

Im Rahmen des Projektes ist eine gute Vernetzungs- und Kommunikationsstruktur entstanden, die auch zukünftig lebendig bleiben sollte. Sinnvoll hierfür wären:

- Eine Berichterstattung über den aktuellen Stand einmal jährlich im Jugendhilfeausschuss (Budenforum, Beratungsanfragen, ggfs. Budenliste).

- Berichterstattungen in den Kreisabteilungen des Gemeindetages (z.B. über Budenforum, über gelungene Beratungsprozesse in Buden etc.), Anknüpfen an KOMM.
- Regelmäßige Pressearbeit (Budenliste, Budenforum etc.)
- Die Polizei sollte sich auch weiterhin des Themas im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention annehmen. Dies verlangt, das Thema nicht auf das Führen der Budenliste zu reduzieren.
- Der Kreisjugendring wie auch das Kreisjugendreferat sollten Gemeinden und Buden über Fördermöglichkeiten und evtl. Projektgelder informieren. Der Kreisjugendring sollte Buden Möglichkeiten der Qualifizierung vorstellen (Juleica-Schulungen etc.).
- In den Gemeinden sollte sich zukünftig verstärkt eine Kultur des Kümmerns (nicht der Kontrolle) entwickeln, die eine nicht problemorientierte, aufsuchende Haltung der Kontaktaufnahme beinhaltet. Erster Schritt hierzu wären – wie bereits erwähnt – feste Ansprechpartner/innen in jeder Gemeinde.

Qualitätssicherung

Nach Abschluss des Projekts liegen erstmals aktualisierte Daten (qualitativer und quantitativer Art) zur Situation von Jugendbuden im Landkreis Biberach vor. Darüber hinaus wurden Instrumente entwickelt, um diese Arbeit auch weiterhin systematisch zu reflektieren. Im Sinne der Qualitätssicherung sollten:

- die Beratungsanfragen weiterhin durch das Kreisjugendreferat dokumentiert werden.
- die Budenliste alle zwei Jahre aktualisiert werden.
- das jährliche Budenforum dokumentiert und ausgewertet werden.
- in 3 bis 5 Jahren eine telefonische Nacherhebung unter den Ortsvorsteher/innen durchgeführt werden.
- in 3 bis 5 Jahren mit einer ähnlich zusammen gesetzten Steuerungsgruppe eine Überprüfung der Konzeption zu Jugendbuden vorgenommen werden.

3 AUSWERTUNG DER ORTSVORSTEHERBEFRAGUNGEN

3.1 Befragung 2011

Ziele der Befragung

Ziel der Befragung der Ortsvorsteher und Bürgermeister[1] war es, mehr über die Gemeindesicht auf die Buden und die Jugendlichen, die die Buden nutzen, zu erfahren. Es wurde angenommen, und die Ergebnisse der vorliegenden Befragung unterstreichen dies, dass den Ortsvorstehern und Bürgermeistern eine zentrale Rolle in Bezug auf die Buden zukommt. Sie sind zentrale Schlüsselpersonen:

- an die sich Buden mit ihren Anliegen wenden,
- die mit den Buden in Kontakt treten um sie für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen und
- die in Konfliktfällen mit den BudennutzerInnen nach geeigneten Lösungen zu suchen.

Außerdem wurde angenommen, dass die Ortsvorsteher und Bürgermeister einen Überblick zu Stimmungen innerhalb ihrer Gemeinde gegenüber den Buden haben. Somit war es ein zentrales Anliegen, diese Schlüsselpersonen zu befragen, welchen Unterstützungsbedarf der Buden sie sehen und welche Unterstützungsmöglichkeiten der Buden es ihrer Meinung nach gibt. Darüber hinaus sollte erfragt werden, welchen Unterstützungsbedarf sie für sich selbst in ihrer Funktion als Amtspersonen gegenüber den Buden formulieren und welche Unterstützungsmöglichkeiten und Unterstützungsangebote sie schätzen würden.

Methodisches Vorgehen

Hinsichtlich des methodischen Vorgehens zur Befragung wurden für die Auswahl der GesprächspartnerInnen mehrere Kriterien angelegt. Anhand der Übersicht zu allen Buden im Landkreis wurden zunächst Gemeinden ausgewählt, in denen es Buden mit BesucherInnen im Alter von bis zu 27 Jahre gibt. Als zweites Kriterium war wichtig, eine Verteilung über den Landkreis vorzunehmen, so dass kleine Ortschaften bis 2.000 Einwohner, Gemeinden bis

[1] Aus Gründen der Lesbarkeit wird im Folgenden jeweils die männliche Amtsbezeichnung Ortsvorsteher bzw. Bürgermeister verwendet.

5.000 Einwohner und Städte berücksichtigt werden konnten. Außerdem war es wichtig, sowohl Ortsvorsteher als auch Bürgermeister für das Interview auszuwählen. So entstand eine Auswahl von 20 Ortsvorsteher und Bürgermeistern, die im Zeitraum von April bis Juli 2011 telefonisch befragt wurden.

Die Gespräche wurden anhand eines Befragungsleitfadens geführt, der sich an den folgenden sieben Frageblöcken orientierte:

1. Beschreibung der Orte, an denen sich die Jugendlichen treffen (Standorte, Ausstattung, Verwaltung, etc.)
2. Entstehungsanlässe und Entwicklung der Buden
3. Wissen über BudenbesucherInnen (Anzahl, Alter, Geschlecht, Zusammensetzung, Generationenwechsel, Einbindung von Jüngere, Beteiligung von Eltern, etc.)
4. Kontakt der Gemeinde zu Buden und umgekehrt
5. Akzeptanz in der Gemeinde und Konfliktfälle
6. Unterstützungsbedarf und Unterstützungsmöglichkeiten (Unterstützung der Buden von außen? Wer könnte diese Unterstützung erbringen? Unterstützung der Ortsvorsteher und Bürgermeister? Durch wen? Etc.)
7. Jugendliche, die die Buden nicht besuchen (Gründe? Wo halten sie sich auf? Was ist für diese Personengruppe wichtig? Etc.)

Anhand der Telefoninterviews, die zwischen 45 und 90 Minuten dauerten, wurden anonymisierte Gesprächsprotokolle angefertigt, auf deren Grundlage die nachstehend zusammengestellten Ergebnisse ausgewertet wurden.

Ergebnisse der Befragung

In den befragten 20 Gemeinden bestehen zum Zeitpunkt der Erhebung ca. 72 Buden und vier Jugendräume, d.h. insgesamt fast 80 Treffpunkte. Die Budendichte erstreckt sich dabei von einer bis hin zu zehn Buden pro Gemeinde.

Haltung und Einschätzung der Ortsvorsteher und Bürgermeister gegenüber den Buden

Jugendliche brauchen Freiräume

Was die Haltung der Ortsvorsteher und Bürgermeister gegenüber den Buden betrifft, so ist der Grundtenor bei fast allen Befragten ein wohlwollender: *„solange nichts vorfällt“*,

„solange es gut geht“, *„solange es niemand stört“*, *„solange kein Ärger da ist“*, *„sollen sie ihre Buden haben“* und sind die Buden *„geduldet“*.

Die Argumentationsmuster zu dieser Haltung sind vielfältig. Einige Ortsvorsteher und Bürgermeister betonen die Autonomie und Selbständigkeit, die Jugendlichen in Buden erfahren und entwickeln können und dass sie dort einen Freiraum für sich haben, der verbunden ist mit dem Wissen darüber, wo sich die Jugendlichen aufhalten: *„man muss die [die BudennutzerInnen, A.B.] schon auch alleine machen lassen“*. Wenn sie in den Buden sind, *„dann sind sie aufgehoben, man weiß wo sie sind“* und *„es ist gewünscht, dass die Jugendlichen im Dorf sind und nicht außerhalb oder draußen im Wald sind oder nachts kilometerweit unterwegs sind“*. Da es kein Budget und Personal für einen öffentlichen Raum gebe, müsse es geduldet werden, wenn die Jugendlichen sich selbst organisieren. *„Bis zu einem gewissen Alter brauchen die das (...) man muss den Jugendlichen viele Freiräume geben und manchmal auch Augen zu drücken und sie ihre Erfahrungen machen lassen“*, denn *„das trägt ja auch dazu bei, dass sie selbständig werden“*. Die Jugendlichen *„muss man schon auch alleine machen lassen. Solange nichts vorfällt, geht das in Ordnung“* und die Gemeinden *„mischen sich nicht ein“*.

Einhaltung von Regeln

Oftmals werden die Buden von Gemeindeseite aus toleriert und geduldet unter der Bedingung, dass alles in einem *„verträglichen Rahmen“* abläuft. D.h. Buden *„sind geduldet, solange das niemand stört. Aber wenn es jemanden stört, dann muss die Bude kompromissbereit sein“* und bereit sein, gewisse Regeln einzuhalten. Ortsvorsteher und Bürgermeister behalten sich vor, die Buden zu beobachten, bei entstehenden Konflikten die Buden darauf aufmerksam zu machen, dass sie geduldet sind und gegebenenfalls auch Sanktionen wie eine Schließung auszusprechen.

Rechtliche Dilemmata

Ein Drittel der Ortsvorsteher und Bürgermeister verweist dabei darauf, dass Buden baurechtlich, gaststättenrechtlich und steuerrechtlich problematisch sind. Die Bredouille, die für Ortsvorsteher und Bürgermeister z.B. hinsichtlich des Baurechts entstehen kann, zeigt das folgende Zitat:

> „Es ist ja eine rechtliche Grauzone und wir als Gemeinde dulden etwas, was wir bei anderen Bürgern ganz streng verfolgen. Wenn einer schwarz baut, dann kriegt er mit der Gemeinde die größten Probleme. Und das ist für mich so eine Gradwanderung. Bei den Jugendlichen da akzeptieren wir alles. Und beim normalen Bürger sind wir halt hart."

Neben bau-, gaststätten- und steuerrechtlichen Bedenken wird teils auch auf Konflikte mit dem Jugendschutzgesetz hingewiesen.

Jugendkultur?

Sechs der 20 Befragten machen auf den Sachverhalt aufmerksam, dass die Budenkultur keine reine Jugendkultur mehr sei. Sie beobachten, dass es neben den Jugendbuden viele Buden gibt, deren HauptbesucherInnen und BudennutzerInnen dem Jugendalter entwachsen sind und zwischen 30 und 50 Jahren alt sind. Tatsächlich verhält es sich in den befragten 20 Gemeinden wie folgt (vgl. Abbildung 1):

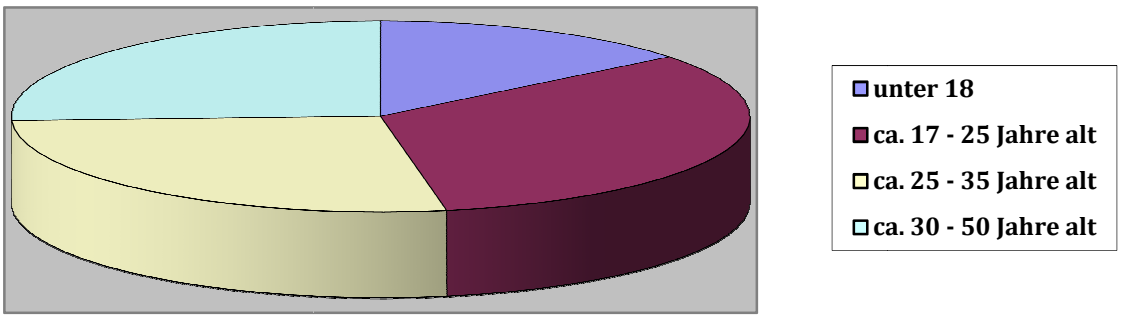
- knapp die Hälfte aller Buden der befragten Gemeinden sind Jugendbuden (insgesamt 33 von 70 Buden[2]), d.h. ihre BesucherInnen sind entweder unter 18 Jahren alt (10 Buden) oder der Besucherkreis der Buden hat ein Alter zwischen 17 und 25 Jahren (23 Buden).
- Über die Hälfte aller Buden (insgesamt 37 von 70 Buden) werden von der Altersgruppe ab Mitte 20 bis Mitte 30 sowie im Alter von 30 bis 50 Jahren besucht (19 bzw. 18 Buden).

Somit sind in einem Viertel aller Buden BesucherInnen im Altern von 25 bis 35 Jahren anzutreffen und in einem Viertel aller Buden NutzerInnen im Alter zwischen 30 und 50 Jahren.

Der Anteil der unter 25Jährigen in Buden macht insgesamt knapp die Hälfte aus. Nur jede siebte Bude wird von Jugendlichen unter 18 Jahren genutzt.

[2] In den 20 Interviews mit Ortsvorstehern und Bürgermeistern war von 72 Jugendbuden und 4 Jugendräumen die Rede. Eine Angabe zur Altersverteilung in den Treffpunkten machten die Befragten zu 70 Buden, weshalb bei der Darstellung und Berechnung die Gesamtanzahl von 70 Buden zugrunde gelegt wurde.

Abbildung 1: Überblick zur Altersverteilung in den Buden



Ein Ortsvorsteher äußert dazu, dass er die Buden zwar befürworte,

> „… aber nur bis zu einem gewissen Alter. Wenn Leute auch jenseits der 25 tun und lassen möchten, was sie wollen, dann ist das problematisch. Die Bude für die Jugendzeit zum Ausbrechen und Ausprobieren ist okay, aber mit der Zeit und dem Alter sollte das in andere Bahnen gehen. Sie sollen Regeln einhalten wie in jedem Verein, sich an Regeln halten, Rücksicht auf die Nachbarn nehmen, die Buden nicht zum Geld verdienen nutzen, sanitäre Anlagen einrichten, usw."

Im Kontrast zu diesen Beobachtungen weist allerdings auch ein Viertel der Befragten auf die folgende Einschätzung hin: *„je länger so eine Bude beieinander ist, je älter sie sind, je mehr Jahre sie miteinander das Budenleben gestalten, um so ruhiger wird das"*. Ab einem Alter von ca. Anfang 20 würde es sich verlaufen und viele BudenbesucherInnen würden nur noch sporadisch bei besonderen Anlässen in die Buden gehen. Die Befragten knüpfen diese Entwicklung an das *„Eintreten in die Familienphase"*. Viele Ortsvorsteher und Bürgermeister beschreiben zwar, dass die Budengruppen *„gerne unter sich bleiben"* und eher weniger Generationenwechsel stattfinden. Auch die Jüngeren würden lieber für sich sein und etwas Eigenes aufbauen. Ein Ortsvorsteher beschreibt jedoch einen Generationenwechsel wie folgt:

> „Das war so ein schleichender Prozess. Die Jungen kamen dazu und dann haben die Alten gesagt: jetzt macht ihrs. Als die ersten heirateten, Kinder bekamen, usw. hat sich das so verlaufen."

Vermittlung bei Konflikten

Die wohlwollende Haltung der Ortsvorsteher und Bürgermeister gegenüber den Buden kommt auch darin zum Ausdruck, dass sie in Konfliktfällen teils als Vermittler fungieren und z.B. mit Verpächtern oder Anwohnern sprechen, dass sie *„den Jugendlichen noch eine Chance geben“*.

Bereitstellung von Standorten

In vielen Gemeinden gab es Anfragen, ob die Gemeinde einen Budenstandort zur Verfügung stellt. In der Hälfte der Gemeinden wurde dem Wunsch entsprochen und es befinden sich Buden auf Grundstücken der Gemeinde.

Drei Gemeinden grenzen sich bezüglich Standortanfragen jedoch ganz klar ab:

> „Wir machen da gar nichts. Dass eine Gemeinde Flächen zur Verfügung stellt, das ist der falsche Weg, wir halten uns da zurück.“

Durch das zur Verfügung stellen von Standorten könnte der Eindruck entstehen, dass es sich um *„genehmigte“* Buden handelt oder es könnten dann möglicherweise auch andere Gruppen Anspruch auf einen Platz erheben. In diesen Gemeinden wird darauf bestanden, dass Buden auf Privatgrundstücken entstehen, so dass nicht die Gemeinde die Verantwortung zu tragen hat, sondern die Grundstückseigentümer. Somit seien auch die Eltern *„mit im Boot“* und in der Verantwortung und nicht die Verwaltung habe die Rolle, den Buden zu sagen, dass sie schließen müssen, wenn *„sie über die Stränge schlagen“*. Laut einem Ortsvorsteher würden Buden auf privatem Grund gerade deshalb viel besser funktionieren, da den Ärger dann die Grundstückseigentümer tragen müssen und nicht der Ortsvorsteher. *„Sie sind dann schon bemüht, dass sich das im Rahmen hält“.*

Ein anderer Ortsvorsteher teilte diese Bedenken und entwickelte daraus für eine aktuell an die Gemeinde gerichtete Standortanfrage die Idee, die Eltern der Jugendlichen zu fragen, ob sie das in Frage kommende Grundstück von der Gemeinde pachten möchten. So hätten die Eltern die Verantwortung, wenn vom Grundstück z.B. Lärm ausgeht.

Wenn ein Gebäude und/oder ein Grund jedoch Gemeindeeigentum ist und zur Budennutzung zur Verfügung gestellt werden, ermöglicht dies einer Gemeinde umgekehrt auch über eine schriftliche, vertragliche Regelung mit den BudennutzerInnen Einfluss auf die Ausgestaltung des Budenlebens zu nehmen. Dies ist in einer der befragten Gemeinde der Fall ist, wobei sich der Ortsvorsteher von den BudennutzerInnen eine Hausordnung vorlegen lässt, die dann durch den Ortschaftsrat gebilligt wird und bindend ist.

Verantwortlichkeit

In der Haltung der Ortsvorsteher und Bürgermeister gegenüber den Buden kommt also auch das Thema Verantwortung voll zum Tragen. Einige der Ortsvorsteher und Bürgermeister sehen folgendes problematisch:

> „Eigentlich sollten wir mehr drüber [über die Buden, A.B.] wissen, aber die Frage ist dann: wie gehen wir mit diesem Wissen um".

> „Wenn da irgendwas passiert, wer ist dann schuld? Wenn ich gut Bescheid weiss, dann bin ich auch verantwortlich. (…) Die Buden sind ein rechtsfreier Raum, d.h. da finden Sachen statt, die ich, wenn ich sie wüsste, eigentlich unterbinden müsste. Z.B. das Alkohol getrunken wird und das Alkohol auch für Minderjährige problemlos zugänglich ist."

Mit einem weiteren Zitat soll die eingangs beschriebene wohlwollende Haltung der Ortsvorsteher und Bürgermeister gegenüber den Buden abschließend nochmals beschrieben werden:

> „Das Budenwesen hat bei uns eine ganz, ganz lange Tradition (…), das ist ein Phänomen, das gehört glaube ich zu unserer Gegend, zu unserer Landschaft und man darf das nicht bekämpfen, sondern man muss das positiv begleiten und dann bekommt man auch ganz viel für die Gesellschaft zurück."

Begleiten heißt für einen Ortsvorsteher den BudennutzerInnen mit Akzeptanz und Toleranz zu begegnen und sie als GesprächspartnerInnen und VerhandlungspartnerInnen auf Augenhöhe zu betrachten. Dies kann in der Praxis z.B. so aussehen:

„Die Buden gehören zu uns. Sie sind integriert. (…) Wenn ich Neujahrsgrüße verschicke oder Einladungen zu Veranstaltungen, dann schicke ich das selbstverständlich auch an die mir genannten Ansprechpartner aus den einzelnen Buden. Dass sie einfach auch informiert sind, dass sie wissen was los ist oder dann auch mitmachen."

Kontakte zwischen Buden und Gemeinde

Informelle, bedarfsorientierte Kontakte oder wenige Kontakte

In sämtlichen Gemeinden sind den Ortsvorsteher und Bürgermeister AnsprechpartnerInnen in den Buden bekannt, an die sie sich mit Anliegen wenden. Für die Buden stellen ebenfalls in sämtlichen Gemeinden die Ortsvorsteher und Bürgermeister die zentralen Schlüsselpersonen dar. Über sie läuft die Kommunikation der Gemeinde mit den Buden und umgekehrt sind sie die Person, an die sich die Buden mit ihren Fragen und Anliegen wenden.

- Ein Drittel der Ortsvorsteher und Bürgermeister äußert, die Buden bereits besucht zu haben oder regelmäßig, auch informell, vorbeizuschauen.
- Die Kontakte zwischen Gemeinde und Bude sind nicht institutionalisiert, sondern finden eher lose und bei Bedarf statt.
- Drei Viertel aller Befragten beschreibt den Kontakt dergestalt, dass eine Bude sich vor allem dann an die Gemeinde wendet, wenn sie eine Aktivität oder Veranstaltung plant und die Zustimmung der Gemeinde einholen möchte oder um eine Standortanfrage zu machen.
- Umgekehrt sucht der Ortsvorsteher oder Bürgermeister in diesen Gemeinden meist nur dann das Gespräch mit den Buden, wenn Probleme von außen auftreten, wie Klagen oder Beschwerden von AnwohnerInnen.

Ein Ortsvorsteher fasst dies zusammen: *„wenn es reibungslos läuft, kriegen wir gar nichts groß mit."* Ein anderer Ortsvorsteher erweitert diese Ansicht:

„Wenn man nix gehört hat, ging man davon aus, dass alles okay ist. Deshalb gab es keine großen Kontakte und umgekehrt waren sie froh, wenn man sie in Ruhe ließ und umgekehrt habe ich gehofft, dass alles glatt läuft".

Insgesamt erwähnen ein Fünftel der Befragten, dass der Kontakt weniger oft stattfindet, da die Buden einerseits *„eher unter sich sein wollen“* und sie *„das für sich machen wollen“* oder weder die Buden noch die Gemeinden eine *„feste Bindung oder Überwachung“* wollen.

Drei der 20 Ortsvorsteher und Bürgermeister verwiesen ihrerseits auf eine offene Art des Umgangs mit den Buden. In einer Gemeinde werden die Buden eingeladen, wenn der Veranstaltungskalender aufgestellt wird und wenn es einen Vortrag z.B. zu Jugendschutz oder Ausschankgenehmigung etc. gibt, dann kommen die Buden teilweise dazu. In einer weiteren Gemeinde werden die Buden vom Ortsvorsteher zum Treffen der Vereine eingeladen mit dem Ziel, *„die Buden mit an den Tisch zu bekommen“*. In der dritten Gemeinde werden die Buden als *„Teil der Gemeinde gesehen: sie erhalten Weihnachtsgrüße der Gemeinde und sonstige Vereinsinformationen“* und wenn HelferInnen für eine Veranstaltung gesucht sind, werden auch die Buden mit angeschrieben.

Thematisierung in den Ortschafts- und Gemeinderäten

Die Buden sind vielerorts auch Gesprächsthema im Ortschafts- und Gemeinderat. In Einzelfällen stehen sie dann auf der Tagesordnung, wenn es Standortanfragen an die Gemeinde gibt. Ansonsten sind die Buden aber, *„solange sie nicht auffällig oder problematisch sind und keine Beschwerden vorliegen“*, eher kein Thema. Sie werden in den Gemeinde- und Ortschaftsräten dann zum *„öffentlichen“* Thema, wenn es Probleme gibt, wie Beschwerden von Anwohnern und z.B. über mögliche Sanktionen wie eine Schließung gesprochen wird.

Ein Ortsvorsteher berichtet bspw., dass im Ortschaftsrat mehrfach über die Buden diskutiert wurde und dass sich das Gremium hilflos fühle, da sie sich bewusst darüber sind, dass Buden baurechtlich, gaststättenrechtlich und steuerrechtlich problematisch sind.

Akzeptanz der Buden in den Gemeinden und Konflikte

Positive Grundhaltung

Laut den interviewten Ortsvorsteher und Bürgermeistern ist die Grundhaltung der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden gegenüber den Buden überwiegend positiv. Die Buden werden weitestgehend akzeptiert und toleriert.Ein Ortsvorsteher äußert:

> „Eltern, die Kinder in dem Alter haben, sind dafür. Die sagen: wenn meine Kinder in die Bude gehen, dann weiss ich wo sie sind, dann sind sie in der Nähe, anstatt dass sie irgendwo hinfahren und womöglich was getrunken haben und man sich Sorgen machen muss. Es gibt aber auch einen anderen Teil, wo die Kinder rausgewachsen sind, die nicht mehr an ihre Zeit denken, da finden es manche nicht so toll."

Ein anderer Ortsvorsteher argumentiert:

> „Je weiter Bürger von einer Bude wegwohnen, desto weniger Schwierigkeiten haben sie mit einer Bude, desto weniger nehmen sie sie wahr bzw. desto weniger nehmen sie die Belastungen wahr, die für die nächsten Anwohner entstehen."

In vielen Gesprächen brachten die Ortsvorsteher und Bürgermeister das Nachstehende zum Ausdruck: *„.Es gibt immer wieder Leute die das stört, aber insgesamt sind die Buden akzeptiert"*.

Ein Gesprächsteilnehmer verweist in Fragen der Akzeptanz auf den Zusammenhang mit der Sichtbarkeit von Buden. In seiner Gemeinde seien die Buden akzeptiert, da

> „…sie die komplette Bevölkerung widerspiegeln, quer durch alle Bildungsniveaus und Schichten, weil so gut wie nie was vorfällt und weil die Buden in der Gemeinde durch Aktivitäten sichtbar sind".

Beteiligung der Buden im Gemeindeleben

Wie aktiv sich Buden in das Gemeindeleben einbringen ist sehr unterschiedlich. Etwa ein Drittel der Ortsvorsteher und Bürgermeister geben an, dass die Buden im Gemeindeleben nicht sichtbar werden. Ein Bürgermeister meint hierzu:

> „Die Buden sind autark und wollen autark sein. Sie sind nicht so Teil der Dorfgemeinschaft, wie das zum Beispiel Vereine sind, die was fürs Gemeinwohl machen und die für Aufgaben angefragt werden können."

Im Vergleich dazu ist jedoch in über der Hälfte der Gemeinden zumindest ein Teil der Buden auf irgendeine Art und Weise aktiv. Zwei Befragte merken an, dass eher Buden mit älteren BesucherInnen engagiert sind. *„Die jüngeren Buden sind da noch nicht so weit, die machen so was nicht."*

Das Spektrum, wie sich dieser Teil an aktiven Buden engagiert, ist breit: viele Buden gestalten Feste und Veranstaltungen, zu denen auch die Gemeinde geladen ist, teilweise nehmen die Buden als Gruppe an offenen Sportveranstaltungen wie Turnieren teil oder wirken bei Fasnetsveranstaltungen mit, einzelne Buden stellen den Mai- oder Weihnachtsbaum, veranstalten ein Funkenfeuer oder werden bei gemeinnützigen Aktionen und Veranstaltungen zur Unterstützung angefragt. In einer Gemeinde sind die Budenjugendlichen mit der Pflege und Bepflanzung einer Wendeplatte betraut.

Konflikte

Neben ihrem Engagement für die Gemeinde werden die Buden auch durch auftretende Konflikte sichtbar und zum Thema.

- In vier der Gemeinden sind bislang bezüglich der Buden keine Konflikte aufgetreten.
- In den 16 anderen Gemeinden gibt und gab es in der Vergangenheit Konfliktfälle, wobei es sich überwiegend um Ruhestörungen, Sachbeschädigungen, Lärmbelästigungen durch an- und abfahrenden Verkehr und Probleme mit alkoholisierten Gästen handelt, die zu Beschwerden von AnwohnerInnen führen.
- Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen sprechen die Ortsvorsteher und Bürgermeister von Einzelfällen.

Auffallend ist das Argumentationsmuster von insgesamt 11 Ortsvorstehern und Bürgermeistern, dass für die benannten Vorfälle oftmals nicht die ortsansässigen Jugendlichen verantwortlich seien, sondern Leute, die von außerhalb dazu kommen. Vor allem gewalttätige Auseinandersetzung würden *„von auswärts hineingetragen".* Der Besuch von außerhalb würde *„die Ordnung [in den Buden] nicht so kennen"*, so ein Ortsvorsteher,

was dazu führt, dass die BudennutzerInnen *„das dann nicht im Lot bzw. im Gleichgewicht gehalten bekommen und Problemen entstehen“*. Drei Interviewpartner verwiesen in diesem Zusammenhang auf Konflikte mit jugendlichen Migrantengruppen.

Sanktionen im Konfliktfall

Laut einem Ortsvorsteher, in dessen Gemeinde es seiner Meinung nach bisher nur selten Konflikte gab, ist den BudennutzerInnen bewusst: *„wenn es Konflikte gibt, die den Ortsvorsteher auf den Plan rufen, dann wird es kritisch“* und es kann zu Sanktionen kommen. Hieran schließen sich drei weitere Ortsvorsteher und Bürgermeister an, die bislang zwar noch keine Sanktionen ausgesprochen haben, dies aber *„falls es Auffälligkeiten gäbe“*, tun würden.

Was tatsächlich ausgesprochene Sanktionen gegenüber Buden betrifft, so wurden in der Vergangenheit aufgrund von Konfliktfällen in neun Gemeinden einzelne Buden geschlossen:

- sechs endgültig, *„da man die Zustände nicht mehr mitmachen konnte“* und
- drei vorübergehend, um eine Verhaltensänderung bei den NutzerInnen zu erwirken.
- In einer dieser Gemeinden gab es im Zuge der vorübergehenden Schließung die *„Maßgabe von der Gemeinde, dass die Bude Regeln aufstellen soll und seither funktioniert es“*.

Den Budenschließungen gingen Gespräche des Ortsvorsteher oder Bürgermeister mit den Verantwortlichen voran, wobei der Ortsvorsteher oder Bürgermeister versuchte, zwischen Buden und BeschwerdeführerInnen zu vermitteln.

Zentral ist dabei, dass die Befragten nur in Einzelfällen erwähnen, dass sie sich z.B. mit den Ortsvorstehern und Bürgermeistern anderer Gemeinden ausgetauscht haben. Für Ortsvorsteher sind noch am Ehesten Bürgermeister und Hauptamtsleiter Personen, mit denen sie Rücksprache halten und im Austausch stehen. Insgesamt scheinen die Ortsvorsteher und Bürgermeister jedoch weitestgehend isolierte Akteure zu sein, die in Konfliktfällen auf sich gestellt nach individuellen Lösungen suchen.

Runde Tische

Drei Befragte äußern sich in diesem Zusammenhang zur Durchführung eines Runden Tisches mit allen Konfliktparteien. Diese Runden Tische konnten zwar den Schließungen der Buden in den geschilderten Fällen nicht vorbeugen, werden von den Ortsvorstehern und Bürgermeistern im Nachhinein jedoch sehr positiv bewertet.

> „Es war wichtig, dass alle an einem Tisch sitzen und gemeinsam eine Vereinbarung ausgearbeitet wurde. Aber die Jugendlichen müssen lernen, Regeln einzuhalten."

In einem Fall entstanden am Runden Tisch Regeln für das Budenleben und eine Vereinbarung zwischen den Konfliktparteien, *„wie man miteinander umgehen könne"*. Nach Verstößen gegen diese Vereinbarung von Seiten der BudennutzerInnen wurde die Bude dann letztlich geschlossen. Lediglich in zwei dieser drei Konfliktfälle bei 20 befragten Gemeinden wurde das Landratsamt hinzugezogen und unterstützte die Ortsvorsteher bspw. bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Runden Tische.

Regeln und Vereinbarungen

Das Thema Regeln in den Buden ist für viele Ortsvorsteher und Bürgermeister ein zentrales Thema. Auf das Spektrum der Haltungen zu diesem Thema soll anhand von vier Beispielen verwiesen werden:

Im Fall einer Gemeinde gab es Beschwerden gegenüber einer Bude und der Bürgermeister berichtete, dass

> „… man das dann mit den Verantwortlichen regeln konnte. Es gab dann so Festlegungen z.B. zu Öffnungszeiten. Die haben sie sich aber selber gegeben die Regelungen". „Die Jugendlichen organisieren das selbstverwaltet. Da gehört ein Stück weit Vertrauen dazu, dass die Jugendlichen halt täglich wieder bestätigen müssen, in dem sie sich wirklich an die selbst gestellten Regeln halten. Das trägt ja auch dazu bei, dass sie selbständig werden."

Ein Bürgermeister äußert sich folgendermaßen zum Umgang mit Regeln:

> „Man muss tolerant sein, aber bei aller Toleranz brauchen wir gewisse Regeln. Diese Regeln müssen überwacht werden. Wenn diese Regeln eingehalten werden, können die Regeln mit der Zeit auch wieder etwas aufweichen. Solange es keine Probleme gibt. Wenn Probleme auftauchen, wird nach den Regeln gefragt und dann müssen die Regeln verschärft werden."

In einer anderen Gemeinde wurde das Sich-Regelungen-Geben institutionalisiert.

> „Wenn eine neue Bude kommt, dann fordert die Gemeinde ein, dass sie Regeln aufstellen und sich selbst organisieren. D.h. ein Verantwortlicher wird genannt und ist Ansprechpartner. Es gibt so eine Art Hausregeln, wer macht was, wer ist wofür verantwortlich, … das verlangen wir in den Gesprächen ab. Dass sich die Gruppen einfach ein bisschen systematisieren und dass man einfach weiß: wer ist da der Chef, wer hat das Sagen, nach welchen Regeln läuft das ab, wer hat die Schließgewalt, wer macht Getränke, wer ist für was verantwortlich."

Bezüglich Regeln meint ein vierter Bürgermeister jedoch:

> „Die Jugendlichen können damit nichts anfangen. Die wollen keine Regeln. (...) Das Ganze hat natürlich auch den Charme des Illegalen und Anarchischen. Wenn es von Anfang an unter jemandes Schirm stehen würde, hätte es von vorneherein seinen Reiz verloren."

Diesem Bürgermeister geht es nicht um die

> „… Überprüfung der Einhaltung der Regeln, sondern darum, die tatsächlichen Regeln anzuschauen. Auch bei Nichteinhaltung sollten die Regeln wenigstens gekannt werden. Viele Jugendlichen kennen nicht mal mehr die Regeln. Wenn ich die Regeln kenne und mich abseits bewege, dann ist das was anderes, als wenn Regeln gar nicht gekannt werden. Wünschenswert wäre es, den Leuten bewusst zu machen, dass sie geduldet sind, dass sie wissen was geht und was nicht geht und dass sie sich dann selber positionieren können."

Unterstützungsbedarf und Unterstützungsmöglichkeiten

Bei der Frage nach dem Bedarf an Unterstützung sowie nach Unterstützungsmöglichkeiten sowohl für die Buden selbst als auch für die Ortsvorsteher und Bürgermeister in ihrer Rolle als zentrale Schlüsselpersonen ist ein Großteil der Befragten zunächst ratlos. Meist wurden erst auf Nachfrage nach konkreten Angeboten Einschätzungen vorgenommen oder weitere Ideen entwickelt. Dies warf insgesamt die Frage auf, ob für die betreffenden Personen momentan ausreichend transparent ist, an wen sie sich im Falle eines Unterstützungsbedarfs wenden können und welche Unterstützungsmöglichkeiten bereit stehen, d.h. wie niedrigschwellig und publik das bisherige Angebot ist, so dass es im Bedarfsfall auch tatsächlich genutzt wird.

Betonung der Autonomie

Gefragt danach, welcher Unterstützung der Buden bzw. Jugendlichen in den Buden es von außen brauche, äußern acht der 20 Ortsvorsteher und Bürgermeister, dass bei den momentanen Jugendlichen und Buden kein Bedarf besteht, da es im Moment *„ganz gesittet läuft“* oder *„eigentlich kein Problem besteht“*. Ein Ortsvorsteher meint dazu:

> „Gut ich weiss nicht, was alles angeboten wird von Kreisjugendamt oder sonstigen Seiten. Ich sehe das bei unseren Jugendlichen nicht als große Hilfe oder dass da etwas bestimmtes von Seiten des Jugendamtes also Information oder so was gemacht werden müsste. Anderswo wäre das evtl. nicht schlecht, aber bei den momentanen Jugendlichen sehe ich keinen Bedarf.“

Während ein Teil der Befragten sich vorstellen kann, dass die BudennutzerInnen gegenüber gewissen Unterstützungsangeboten offen sein könnten *(„es ist mit Sicherheit noch nicht alles ausgelotet, was man machen kann“*), ist sich ein anderer Teil unschlüssig, ob die Jugendlichen Unterstützung von außen überhaupt annehmen würden. Ein Viertel ist der Überzeugung, dass die Buden eigentlich in Ruhe gelassen werden wollen.

> „Die wollen keine Unterstützung. Die wollen für sich sein und wollen nicht kontrolliert sein. Die wollen sich in einem ich sage jetzt mal Graubereich bewegen und das ist ihnen am liebsten.“

Ein Ortsvorsteher ergänzt bspw.:

> „Sie würden sich da komisch vorkommen. Das wollen die nicht. Dann hätte man den Kern der Bude nicht erkannt. Eine Bude, die will einen Einzelanspruch, die wollen für sich sein. Die wollen unorganisiert sein. Je mehr man sich von außen kümmert, je weniger fühlen sie sich wohl. Dann wollen sie ausbrechen und wieder was anderes machen."

Ein weiterer Befragter wendet diese Selbständigkeit der BudennutzerInnen ins Positive:

> „Von der Grundidee her ist das falsch, da möglichst viel reinzubringen. Ich glaube eher, dass sie sich selber organisieren und wenn sie dann sehen, dass sie nicht mehr weiterkommen, dass man dann weiß, okay, Hilfestellungen möglich. (…) Aber ich würde da so wenig wie möglich von außen hinein implementieren, weil es dann nachher den Grundgedanken, dass sie das selbst machen, nicht mehr gibt. Nur wenn es von ihnen selbst gefordert wird. Der Rahmen muss eingehalten werden und in dem Rahmen muss die Freiheit bestehen, die Dinge selbst zu machen. Je mehr man reinregelt, desto unselbständiger wird es insgesamt. Ich trau es ihnen grundsätzlich zu, dass sie sich selbst auf die Reihe bekommen."

Mögliche Unterstützungsangebote

Die Befragten, die sich eine Offenheit der BudennutzerInnen gegenüber Unterstützungsangeboten vorstellen können, benennen folgende Punkte:

- insgesamt 11 Befragte sprechen sich für eine Art Sprechstunde oder Beratung aus, z.B. für neu entstehende Buden, zur Entwicklung von Budenstrukturen oder bei Konflikten.
- Sechs Befragte halten den Einsatz von einer Jugendsozialarbeiterin oder einem Jugendsozialarbeiter für sinnvoll, also dass die Buden besucht und persönliche Kontakte hergestellt werden sowie Vertrauen aufgebaut und Bedürfnisse abgefragt werden.
- Außerdem wäre Jugendsozialarbeit vor Ort hilfreich, um *„zu unterstützen, Konfliktsituationen aus der Welt zu räumen. Also so Mediatoren, wenn es Spannungen in der Gruppe gibt."*
- *Z*wei Befragte plädieren außerdem für Unterstützung in Form von institutionalisierten Runden Tischen. Einerseits als Möglichkeit, um auch über Konflikte hinaus regelmäßig am Runden Tisch zu besprechen, wie es in den Buden

läuft und was die Buden brauchen. Andererseits um gerade in der Phase einer Neugründung mithilfe des Kreisjugendreferats die BudennutzerInnen bei der Aufstellung von Nutzungsbedingungen oder allgemeinen Budenregeln zu begleiten.

„Diese Unterstützung durch das Landratsamt ist wichtig, auch für die Jugendlichen, die dann sehen, dass da nicht nur die Gemeinde Regeln aufstellt, sondern dass es da allgemeingültige Regeln gibt, die auch in anderen Ortschaften gelten. Alle sollten an einem Tisch sitzen und es sollte versucht werden, Regeln vorzuschlagen, wie man so etwas machen könnte. Dann nehmen sie [die BudennutzerInnen, A.B.] das mal mit und reden drüber in ihrem Kreis und dann kommen sie wieder und so entstehen dann die endgültigen Budenregeln. (…) Wenn jemand vom Landratsamt dabei ist, dann macht das den Eindruck der Überregionalität und der Professionalität."

Kooperation mit der Polizei

Neben einer möglichen Unterstützung durch Jugendsozialarbeit oder das Kreisjugendreferat schätzt ein Viertel auch die Präsenz der Polizei. *„Es ist immer gut"*, so bspw. ein Ortsvorsteher,

„wenn die Polizei sich sehen lässt. Einfach mal reden und dass die Jugendlichen die Erfahrung machen, dass sie mit der Polizei reden können und von der Polizei das Signal bekommen: wir sind da. Um möglichen Konflikten vorzubeugen und um Vertrauen aufzubauen."

Kooperation mit dem Kreisjugendamt

Was den Unterstützungsbedarf der Ortsvorsteher und Bürgermeister persönlich betrifft, so ist festzuhalten, dass sich drei Viertel der Befragten für eine Ansprechperson beim Kreisjugendamt aussprechen. Es sei gut und wichtig, dass es eine Stelle gibt, an die man sich wenden kann, wenn es offene Fragen oder Probleme gibt, um Informationen einzuholen oder sich beraten zu lassen. Ein Ortsvorsteher meint hierzu:

„Wenn es extreme Situationen gäbe wie bspw. Alkoholexzesse, dann wäre Rückhalt durch Sozialarbeiter oder Jugendreferenten gut. Aber nicht als Dauereinrichtung, sondern wenn Not am Mann ist."

Eine andere Person findet den Einsatz von Jugendsozialarbeitern zentral: *„die braucht man dann insbesondere, wenn es Schwierigkeiten gibt, den Zugang oder Kontakt zu finden."* Ein Bürgermeister wünscht sich Unterstützung was die

> „Pädagogik betrifft, also Kenntnisse darüber, wie man auf die Jugendlichen zugeht, wie man so was organisiert, z.B. eine Hausordnung aufsetzt, etc. Kurz: die pädagogische, beratende Seite z.B. durch das Jugendamt."

Ein Viertel der Ortsvorsteher und Bürgermeister wünscht sich außerdem *„Rückendeckung"* vom Landratsamt gerade auch in baurechtlichen Fragen. Wenn sich eine Gemeinde bspw. bei Konflikten an das Landratsamt wendet,

> „kann die Position nicht sein: das ist nicht so schlimm, die Bude müssen wir erhalten. Landratsamt und Bürgermeisteramt sollte an einem Strang ziehen. Das war in der Vergangenheit nicht immer so."

Fachlicher Austausch mit Kolleg/innen

Die Vorstellungen und Ideen zur Unterstützung der BudennutzerInnen sowie der Ortsvorsteher und Bürgermeister sind unter den Befragten also insgesamt sehr vielfältig.

Insgesamt ist die Hälfte der befragten Ortsvorsteher und Bürgermeister an einem Austausch mit Kolleg/innen zu deren Handlungsstrategien und zum Thema Buden im Allgemeinen interessiert:

> "(…) aber was viel spannender wäre, ist das Thema auf der kommunalen Ebene mit Bürgermeistern und Hauptamtsleitern zu präsentieren, zu diskutieren und zu kommentieren. Überhaupt mal einen Überblick bekommen: wie sieht es bei den Nachbarkollegen aus, so dass man für sich selbst die Einschätzung bekommt, dass es einigermaßen gut läuft oder dass man starke Defizite hat. Eine Darstellung, wie unterschiedlich das läuft und gehandhabt wird. Und dann kann ja jeder selbst für sich sehen, wo man sich einordnet und dann kann dort, wo Defizite sind, stärker agiert werden. Also ein Austausch mit Bürgermeistern auf der Fachebene."

3.2 Befragung 2013

Im Zeitraum von Juni bis September 2013 wurden zwanzig Ortsvorsteher/innen und Bürgermeister/innen des Landkreises Biberach erneut befragt.

Die Befragung der Ortsvorsteher und Bürgermeister erfolgte telefonisch, wobei die Dauer der Interviews durchschnittlich ca. 15 min betrug. Die Teilnehmer wurden um Ihre Rückmeldung gebeten zu der Broschüre „Budenchecker“, zu der Veranstaltung „Budenforum“ sowie zum Modellprojekt insgesamt. Im Anschluss an die Telefoninterviews wurden anonymisierte Gesprächsprotokolle angefertigt, auf deren Grundlage die nachstehend zusammengestellten Ergebnisse ausgewertet wurden.

Der Budenchecker

> „Im Budenchecker ist das Wichtigste, was im Prozess vereinbart wurde, drin. Dadurch ist jetzt auch eine Handhabe gegeben für die Verwaltung. Das kann jetzt von allen Kollegen einheitlich genutzt werden, was ja im Grunde auch mit ein Anliegen war. Und die Orientierung auf die Empfängergruppe ist gut getroffen.“

Vor der telefonischen Befragung wurde den Gemeindeverwaltungen ein Schreiben mit Informationen über die Befragung geschickt. Diesem Schreiben lag der „Budenchecker“ bei, eine Broschüre mit Empfehlungen rund um das Thema Buden. Zwei Drittel der Befragten (13) kannte die Broschüre bereits, während ein Drittel der Personen (7) den Budenchecker zum ersten Mal zugesandt bekommen hatte. Dies lässt vermuten, dass der Budenchecker noch nicht auf allen Ortsverwaltungen und Rathäusern des gesamten Landkreises bekannt ist und dass hier Bedarf besteht, die vorhandenen Informationslücken zu schließen.

Bewertung des Budencheckers

Die Ortsvorsteher und Bürgermeister bewerten den Budenchecker überwiegend äußerst positiv. Sie heben hervor, wie viele nützliche Informationen darin gesammelt und zu einem guten Überblick zusammengefügt wurden – rundum *„ein hilfreiches Nachschlagewerk“* bzw. *„ein toller Begleiter“*.

Fast alle befragten Personen halten die Broschüre auf verschiedenen Ebenen für sehr hilfreich und nützlich. Ein Drittel spricht sich dafür aus, dass die Broschüre insbesondere bei zukünftigen Budenneugründungen hilfreich sei sowie bei Generationswechseln in den Buden, wenn ältere Budenbetreiber die Verantwortung für eine Bude an jüngere Jugendliche weitergeben. Der Budenchecker könne sowohl den Gemeindevertretern als auch den Budenmitgliedern, deren Eltern oder eventuellen Grundstücksbesitzern als Informationsgrundlage dienen.

> „Mir als Ortsvorsteher erleichtert der Budenchecker einfach die Arbeit, wenn jetzt eine neue Bude mit mir Kontakt aufnimmt. Das kann ich denen geben und sagen, sie sollen sich mal damit befassen, bevor ich denen alles im Detail erkläre. Da ist alles komprimiert aufgeführt und von daher erwarte ich mir eigentlich schon eine Hilfe."

> „In den Buden gibt es immer wieder einen Generationswechsel und da ist die Broschüre sicherlich sehr sinnvoll. Anhand der Broschüre erfahren die nachwachsenden, jüngeren Mitglieder, was man alles machen muss oder wo die Probleme liegen. Wenn die Einen aus der Bude rauswachsen, kann man den 14 und 15jährigen den Budenchecker an die Hand geben kann und sagen: das ist zu beachten."

Ein Viertel der Befragten verweist explizit auf den praktischen Nutzen von Materialien wie z.B. die Musternutzungsvereinbarung oder die Checkliste für Budengründer. Einzelne andere Befragte halten besonders die rechtlichen Informationen und Hinweise für sehr sinnvoll.

> Ich finde den Budenchecker sehr, sehr gut. Es sind sehr konkrete Hinweise drin über das Verhalten, über die Möglichkeiten, die einerseits die Budenbetreiber haben in Bezug auf Behörden und aber auch umgekehrt. Und vor allem sind auch klare Regelungen enthalten, auch Hinweise auf die Rechtsproblematiken. Ich finde ihn rundum gelungen.

Den Budenchecker loben über die Hälfte aller Gemeindevertreter als gute Quelle für Hinweise, Informationen und Handlungsanleitungen bzw. Handlungsideen. Dieser Teil der Befragten möchte die Broschüre immer wieder zur Orientierung heranziehen.

> „Der Budenchecker ist eine sehr gute Handreichung für alle, die mit Buden zu tun haben: Ortsvorsteher, Bürgermeister, Hauptamtsleiter. Man bekommt nützliche, praktikable Hinweise und Muster in die Hand."
> „Bislang hingen wir mit dem Thema ja so ein bisschen in der Luft. Dieser Budenchecker ist jetzt ein Dokument, auf das man sich berufen kann und nach dem man auch handeln kann. Wenn man ein Problem hätte, könnte man da mal nachblättern, ob man eine Lösung findet. Insofern ist das einfach gut."

Einzelne Befragte heben hervor, dass durch die Informationen in der Broschüre zukünftig eine einheitlichere Handhabung rund um das Thema Buden möglich ist:

> „Das Ganze wurde in geordnete Strukturen und Bahnen gebracht. Bisher hat es jede Gemeinde anders gehandhabt. Ich denke, es ist sicherlich sinnvoll, dass man im Landkreis einheitlich verfährt und dass es im Prinzip jetzt eine Anleitung gibt, wie man das angeht und wie man das auf eine rechtlich sichere Basis stellt. Zum Einen für die Gemeindeverwaltung und zum Anderen aber auch für die Betreiber der Bude. Es sind ja oft Privatpersonen, die ihr Grundstück zur Verfügung stellen und gar nicht wissen, auf was sie sich einlassen."

Ein Befragter weist außerdem darauf hin, dass besonders auch neue Amtskollegen vom Budenchecker profitieren, da hier die wichtigsten Informationen gebündelt sind.

Kritische Anmerkungen zum Budenchecker

Gefragt nach den Grenzen der Nützlichkeit des Budenchecker merken einige Interviewpartner an, dass eine Broschüre in einer Konfliktsituation nicht ausreichend sei, sondern dass dann ein gemeinsames Gespräch und gegenseitiges Verständnis nötig seien.

> „Die Broschüre ist sicher toll und gibt viele Ideen, wobei es im Endeffekt die hundertprozentige Lösung oder den Königsweg in diesem Bereich nicht gibt. Es sind ja nicht nur Anregungen drin sondern auch Vorgaben, Regelungen im Umgang mit der Polizei, Aufgaben Jugendamt, Kreisjugendreferat, Unterstützung Kreisjugendring usw. - das ist alles mit drinnen. Das ist toll. Aber im Einzelfall mit der Bude vor Ort ist die Situation dann halt oft ein kleines bisschen anders. Wenn ein Konflikt entsteht, dann ist es der richtige Weg, ins Gespräch zu kommen und eine Lösung zu suchen und zu finden."

> „Manches ist auch nicht mit dem Budenchecker zu lösen. Das liegt immer an den Leuten, an den Personen und der Einsichtsfähigkeit der Personen bzw. dem Verständnis für die Gegenseite. In einer Bude geht es bspw. immer um den Lärm abends oder nachts. Da beschweren sich immer irgendwelche Leute wegen dem Lärm und die Jungen sagen immer: das ist doch gar nicht so schlimm. Und die Anderen sehen es halt anders. Das ist immer ein Thema. Da muss man einen Weg finden, dass beide Seiten aufeinander zu gehen. Wenn man so ein Problem hat, dann ist das nicht durch den Budenchecker zu lösen."

Ein Interviewter gibt darüber hinaus das Beispiel eines Vaters, der mit der Ortsverwaltung in Kontakt trat, da seine 12 und 14jährige Söhne eine Bude gründen möchten. Der Interviewte war ratlos, da die beiden Jungen für ihn persönlich noch nicht alt genug sind, um eine Bude zu betreiben. Er merkt im Interview an, dass ihm auch der Budenchecker nicht weiterhalf, da

in der Broschüre was das Alter anbelangt keine Vorgaben oder Empfehlungen enthalten sind.

Ein anderer Interviewpartner gibt zu bedenken, dass der Budenchecker zu umfangreich sei und zu viele Informationen enthalte. Niemand habe die Zeit, die vielen Informationen intensiv durchzuarbeiten. Für diesen Gesprächspartner war es ausreichend, den Budenchecker quer zu lesen.
Eine weitere Stimme weist darauf hin, welche Hürden für eine Bude entstehen, wenn sie den im Budenchecker beschriebenen Anforderungen entsprechen möchte:

> „Wenn es ins Detail geht, sind in der Broschüre schon gravierende Dinge enthalten, die Budenbetreiber vor große Probleme stellen, also z.B. in Bezug auf Lärm, Toiletten, Brandschutz etc. Wenn diese Dinge berücksichtigt werden müssen, dann wird es kritisch, überhaupt so eine Bude ins Leben rufen zu können."

Zwei weitere Befragte halten die vorgeschlagenen Verfahren für zu umständlich und bürokratisch.

> „Es sind hilfreiche Tipps dabei, allerdings ist das ganze Verfahren auch sehr umständlich und viel zu langwierig. Es dauert viel zu lange, bis ein Budencheck durchgezogen ist. Bis dahin sind die Budenmitglieder 3 Jahre älter. Ich denke, dass nicht alles so durchführbar ist und manchmal noch andere Wege gegangen werden müssen, als die, die in der Budenvereinbarung vorgesehen sind. Ich suche mir aus der Broschüre die Sachen raus, die ich brauchen kann. Insofern werde ich schon einen gewissen Nutzen haben. Z.B. der Leitfaden, wie vorzugehen ist, wenn eine Bude gegründet werden soll. Den kann man schon als gewisse Richtlinie nehmen. Bloß alles wird so nicht durchführbar sein. Z.B. die Vereinbarung ist sehr umständlich."

> „Da entsteht eine weitere Bürokratie. Bisher hat zu 80 % das Wort gehalten. Da brauche ich nicht extra einen Vertrag. Und wenn das Wort nicht hält, hält der Vertrag auch nicht. Das ist Bürokratieaufbau. Das haben wir in der Regel durch Gespräche gelöst."

Diese starke Tendenz zur formalen Absicherung und Regelung, zur Anfertigung von Vereinbarungen und Verträgen steht laut zwei Befragten in einem Gegensatz zu der Idee, eine freie und selbstbestimmte Jugendkultur in den Buden zu fördern. Auch diese befragten Personen messen dem persönlichen Kontakt und Austausch mit den Jugendlichen einen verbindlicheren Stellenwert bei, als einem schriftlichen Dokument. Es gelte zu bedenken, dass ein derart durchgeregeltes und verschriftlichtes Vorgehen bei den Jugendlichen auch zu

Frustration und Unlust führen könne, überhaupt eine Bude zu eröffnen. Vielmehr würden die Jugendlichen einen gewissen Freiraum brauchen, in dem sie sich austesten können. Dann würden sie auch Verantwortungsgefühl und gegenseitiges Verständnis entwickeln. Durch die bloße Unterschrift unter ein Dokument würden die Vereinbarungen ins Leere laufen, nicht akzeptiert sondern umgangen werden.

Nichtsdestotrotz sprechen sich auch einige derer, die kritische Anmerkungen machen, dafür aus, den Budenchecker heranzuziehen als *„Leitlinie, aber eben auch nicht mehr“*. Bei der Weitergabe der Broschüre an Jugendliche solle darauf hingewiesen werden, dass die Vorschläge und Anlagen als Anregungen und nicht als Anleitung zu betrachten seien. Sie könnten als Gesprächsgrundlage dienen, aber im Hinblick auf die Rechtsverbindlichkeit sei die informelle Ebene der formalen vorzuziehen.

Das Budenforum

> „Ich fand das Budenforum wirklich gut, vor allem weil man mit den Jungen in Kontakt gekommen ist. Man konnte im Gespräch die eigenen Standpunkte erklären und auch die Jungen konnten ihre Sicht nochmal darlegen. Das war also wirklich sehr interessant. Ich denke, auch für beide Seiten.“

Drei der insgesamt 20 Befragten haben am ersten Budenforum im Oktober 2012 teilgenommen, während 17 Personen aus unterschiedlichen Gründen nicht teilnahmen. Die drei Teilnehmer geben an, dass das Budenforum 2012 eine sehr gelungene, informative Veranstaltung war. Es seien viele nützliche Informationen weitergegeben worden und eine durchaus kontroverse Diskussion konnte geführt werden. Für die Befragten war es zentral, direkt mit den Budenbetreibern in Kontakt zu treten. Außerdem sei ihrer Meinung nach diese Möglichkeit zum Austausch auch von den Budenbetreibern sehr geschätzt worden.

> „Dieser direkte Austausch hat denke ich schon Klarheit gebracht. Man bekommt einfach auch Verständnis für die Beweggründe des Gegenübers und kann das nachempfinden. Da war Verständnis spürbar.“

Von den 17 Gemeindevertretern, die nicht am Budenforum 2012 teilgenommen hatten, geben 12 an, dass sie aus zeitlichen Gründen nicht teilnehmen könnten. Sie waren durch andere Termine (überwiegende Nennung), Urlaub oder Krankheit verhindert. Drei dieser 17 Personen nahmen nicht teil, da sie keinen Bedarf sahen, entweder da es zu dieser Zeit im Ort keine Bude gab oder die bestehenden Buden keine Probleme verursachten, so dass eine Teilnahme als nicht erforderlich erachtet wurde.

> „Ich war beim Budenforum nicht dabei. Interessant wäre das sicherlich, aber wenn dann aus gegebenem Anlass, also wenn ein Anlass vorliegt oder wenn ich eine Frage oder Informationsbedarf habe, wie etwas andernorts geregelt ist. Aber so grundsätzlich ist das schwierig, weil man eigentlich nicht die Zeit hat und nicht den Grund und den Anlass, sich mit dem Thema Buden zu beschäftigen. Wie gesagt, wenn ein aktueller Anlass besteht, wäre das sicherlich interessant."

Insgesamt bewerten drei Viertel aller Interviewten, also auch ein Großteil der Befragten, die am ersten Forum nicht teilnahmen, das Budenforum als wichtige Veranstaltung, da es die Möglichkeit zum Austausch mit den Budenbetreibern bietet. Das Forum erscheint diesen Interviewten als fruchtbare und interessante Austauschmöglichkeit.

> „Ich habe es zeitlich nicht geschafft, am Budenforum teilzunehmen. Aber eigentlich wollte ich aus Interesse an den jungen Leuten hin und aus der Überzeugung heraus, dass man ihnen Interesse signalisieren muss. Die Jungen schätzen das sehr, wenn man ihnen gegenüber Präsenz und Interesse zeigt."

Einzelne Personen werfen zwar die Frage auf, ob die Resonanz zum Budenforum mit der Zeit nachlässt, wenn die Treffen jährlich stattfinden. Andere Stimmen sehen in der regelmäßigen Zusammenkunft jedoch die Chance einer Verstetigung im Umgang mit den Buden.

> „Er finde es gut, wenn man sich immer mal wieder zum Erfahrungsaustausch trifft. Der Eine hat die Erfahrung gemacht, der Andere eine andere Erfahrung. Ich halte es für wichtig dass es nicht dabei bleibt, die Infos zu streuen, sondern dass man sich ein Mal pro Jahr trifft. So verfestigt sich die Sache, da lernt man was dazu, da können die Verantwortlichen interessante Hinweise mitnehmen."

In zwei der Interviews gab es Hinweise darauf, dass es bezüglich des zum Budenforum eingeladenen Personenkreises zu Irritationen kam. Ein Interviewpartner berichtete, er habe die Buden zum Budenforum eingeladen und erhielt von den Buden die Rückmeldung: *„das betrifft uns nicht, da sind wir zu alt"*. Er ging deshalb davon aus, dass sich die Veranstaltung

ausdrücklich an die Jugendbuden mit Jugendlichen unter 20 Jahren richtet. In einem anderen Fall wurde die Einladung zum Budenforum lediglich an die Jugendlichen weitergegeben, da die Verwaltung davon ausging, dass sich die Einladung nur an die Jugendlichen richtet und die Gemeindevertreter nicht eingeladen sind. Bezogen auf diese beiden Hinweise sollten die Einladungen zum Budenforum geprüft werden, ob klar genug hervorgeht, welcher Personenkreis angesprochen und eingeladen ist.

Das Modellprojekt „Buden bürgerschaftlich begleiten“

> „Ich bin sehr zufrieden mit der ganzen Geschichte. Man hat die Buden aus der zwielichtigen Illegalität herausgebracht und hat offen Farbe bekannt. Und man hat die Anforderungen und Wünsche miteinander ausgehandelt und klar formuliert. So ist ein konsequenter Aufeinander-zu-Prozess entstanden.“

In den Interviews wurden die Teilnehmer um ihre Einschätzung gebeten, wie sie derzeit die Diskussion um die Buden in ihren Ortschaften und im Landkreis erleben und ob der Eindruck besteht, dass durch das Modellprojekt etwas in Bewegung gekommen sei.[3]
Während ein Fünftel der Interviewpartner angab, es sei ihnen keine Beurteilung zu diesen Fragen möglich, stellten einzelne Befragte fest, dass das Modellprojekt nicht sichtbar war oder sie sich mehr Impulse erwartet hätten. Acht Personen sind der Auffassung, dass das Projekt keine neuen Anstöße gegeben habe. Ein Großteil der Befragten spricht sich dafür aus, dass die Buden in den Ortschaften weitestgehend akzeptiert sind und sie deshalb die Diskussion um die Buden als ruhig erleben bzw. beschränkt auf einzelne Problemfälle:

> „Das Wesen einer Bude ist ja, dass die Bude einfach existiert und sich die Jugendlichen dort aufhalten. Wenn es keine Probleme gibt, und das ist in der Regel der Fall, dann beschäftigt man sich nicht mit der Bude. Dann fällt die Bude nicht auf, sie ist einfach da. Deswegen glaube ich jetzt nicht, dass durch dieses Projekt die Buden weiter ins Blickfeld gerückt sind.“

Ein Befragter schätzt die Debatte in der Ortschaft so ein, dass Buden entweder nicht sichtbar sind oder vor allem ihre Reglementierung sichtbar wird:

3 Nachstehend sind viele direkte Zitate von Befragten wiedergegeben, um die Aussagen in ihrem Kontext verstehen zu können und da es an dieser Stelle besonders wichtig erschien, den Originalton der Interviewten sichtbar zu machen.

> „Bei uns im Ort erlebe ich gar keine Diskussion. Die Buden werden gar nicht so wahrgenommen, weil sie unauffällig und unproblematisch sind. Im Landkreis erleb ich es so, dass man bei uns sehr stark an einer Reglementierung oder Regelung interessiert ist. Im angrenzenden Landkreis ist man da z.B. nicht ganz so stringent in der Handhabung und in der Durchführung. Entweder sie sind da noch nicht soweit oder sie sind da nicht so hart in der Handhabung. Von daher erlebe ich es so, dass die Bürger manchmal das Gefühl haben, im Landkreis Biberach würde man das Thema überbewerten oder überreglementieren."

Hingegen sind viele andere Befragten der Meinung, dass durch das Projekt etwas in Bewegung gekommen sei bzw. die Hälfte der Befragten ist mit dem Projekt zufrieden und findet lobende und anerkennende Worte. Zum Einen sei das Bewusstsein bei allen Beteiligten bzw. bezüglich bestimmter Themen gewachsen:

> „Das Bewusstsein oder die Präsenz in der Öffentlichkeit ist sicherlich größer durch das Projekt. Es wurde einfach mal gezeigt, dass es die Buden gibt und es wurde darüber geredet. Das ist sicherlich mehr geworden."

> „Durch das Projekt ist bei der Verwaltung einfach das Bewusstsein gewachsen und ich denke bei den Budenbetreibern auch. Ich glaube, man sieht sich mehr in einer Gesamtverantwortung. Das ist, denke ich, insgesamt schon rausgekommen bei diesem Thema."

> „Auch die Jugendliche sind sensibilisiert worden, z.B. für die Interessen der Anwohner oder der Kommunen."

> „Insgesamt hat sich da einiges getan. Für das Thema Alkohol, das die Buden ja betrifft, ist sehr sensibilisiert worden, was dann auf eine positive Weise bis in die Jugendarbeit hineinreichte."

Drei weitere Stimmen schätzen insbesondere die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Buden im Rahmen des Modellprojekts:

> „Das Projekt war nicht so breit angelegt, dass es jetzt in der breiten Bevölkerung diskutiert worden wäre. Es war eher für Insider. In unserem Ort hätte ich nicht festgestellt, dass da etwas in Bewegung gekommen wäre. Der Vorteil der Sache ist jedoch, dass es wissenschaftlich aufbereitet wurde. Ich denke, das ist bundesweit eine einmalige Aktion und das halte ich für sehr, sehr gut. Dass man das vor allem auch unvoreingenommen aufbereitet hat und nicht nur mit dem Finger auf die Jugendlichen gezeigt hat und gesagt hat: Die sind illegal, da wird Alkohol konsumiert, die haben keine gastronomische Erlaubnis usw. Sondern dass man das wirklich objektiv aufgenommen und auch die positiven Seiten hervorgehoben hat. Man wird sicherlich immer wieder darauf zurückgreifen können und es einfach auch als Bestandteil unserer Kultur ansehen. Von daher denke ich, ist es einfach eine ganz gute Basis, eine Grundlage, auf die man

zurückgreifen kann. Dass es jetzt aber eine breite Diskussion oder einen Meinungsumschwung erbracht hätte, das kann ich nicht feststellen. Das wäre bei uns aber auch gar nicht notwendig gewesen, weil bei uns die Einstellung zu den Buden prinzipiell ganz gut ist und man eigentlich gar nicht über Pro und Contra diskutiert, sondern sie sind einfach da. Sie sind Bestandteil des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens. Von daher war es auch nicht notwendig, da jetzt noch eine breitere Diskussion zu beginnen. So ist das bei uns im Ort. Aber wie gesagt, finde ich das trotzdem sehr gut, dass das Thema aufbereitet ist und wir es breit dokumentiert haben."

„Ich finde es sehr, sehr gut, dass das Projekt gemacht wurde. Es wurde wirklich sehr professionell aufbereitet. (…) In anderen Landkreisen gibt es das zum Beispiel gar nicht. (…) Es ist toll, das man das im Kreis Biberach gemacht hat. Das ist einfach eine Basis. Wichtig ist mir, dass die Buden als gesellschaftliche Tatsache gesehen werden. Die haben natürlich viele positive Seiten, aber auch manche negativen Ausschläge, die man nicht verleugnen darf und da muss man schauen, dass alles im Rahmen bleibt. Aber ansonsten finde ich die positive Grundstimmung zu den Buden einfach gut und ich werde das auch weiterhin so unterstützen."

„Das Projekt war gut gemacht und gut organisiert. Es war wirklich sinnvoll. Das Gesamtpaket war gut: die Befragungen, das Forum, die Broschüren, … - zum Einen wie es angegangen wurde und zum Anderen wie es umgesetzt wurde."

Darüber hinaus wird von Einzelnen angesprochen und positiv bewertet, dass beim Kreisjugendamt eine Anlaufstelle zum Thema Buden besteht, an die man sich mit Fragen wenden kann und die Informationen gibt. Diese Befragten wünschen sich vor allem eine lebendige und zeitnahe Begleitung durch die Stelle beim Kreisjugendamt:

„Meine Anregung ist: wenn man in Jugendbuden was verändern will, dann muss das sehr zeitnah begleiten werden. Es muss relativ schnell gehen, dass man da voran kommt, dass eine Lösung gesucht wird, dass das weiterverfolgt wird, damit da was passiert. Die Jugendlichen sollen merken: da steht jemand dahinter und da geht etwas vorwärts. Die Jugendlichen sind ein anderes Tempo gewöhnt. Mit Jugendlichen muss aktiv zusammengearbeitet werden. Dann kann man ein Problem mit einer Bude lösen."

„Im Übrigen bewerte ich es sehr positiv, dass es diese Anlaufstelle beim Kreisjugendreferat gibt, an die man sich mit Fragen hinwenden kann und Informationen erhält."

Wie sich zwei Interviewpartner die zukünftige Arbeit rund um das Thema Buden vorstellen, geht aus den beiden folgenden Zitaten hervor:

„Ich denke, man muss grundsätzlich bei diesem Prozesshaften bleiben. Man muss immer wieder auffrischen, aktualisieren und auch beobachten, was sich bewegt und verändert und es dann entsprechend in der Handhabung anpassen. Natürlich auch auf der Abstimmungsebene vom

Baurecht übers Ordnungsrecht bis zum Polizeivollzugsdienst, so dass man da eine einheitliche Handhabung hinkriegt. Dann wird das zusammenwachsen."

„Im Wesentlichen ist das Ergebnis in Ordnung. Auch was da jetzt rauskam mit den Empfehlungen. Man muss das Ganze jetzt vielleicht ein bisschen laufen lassen. Momentan ist es ja modern, dass man alles evaluiert. Aber in diesem Fall fände ich es jetzt mal gar nicht schlecht, dass man sagt, man probiert das mal, lässt es mal laufen und schaut vielleicht in zwei oder drei Jahren, ob man da noch was machen muss."

Weitere Anmerkungen

Ein Befragter gab den Budenchecker an Jugendliche weiter, erhielt jedoch keine Rückmeldung, wie die Broschüre bei den Jugendlichen ankam und inwiefern sich die Jugendlichen wiederfanden. Der Interviewte regte an, dass die Jugendlichen gesondert nach ihrer Einschätzung zum Modellprojekt und den Ergebnissen befragt werden müssten.

Desweiteren fand das Thema Eltern in einem Interview Erwähnung. Diese müssten stärker in die Prozesse rund um die Buden mit einbezogen werden. Ggf. könnten hier Möglichkeiten ausgelotet oder Anregungen entwickelt werden.

Außerdem gab es die Nachfrage, ob der Budenchecker zukünftig in regelmäßigen Abständen erscheinen wird oder ob die Broschüre einmalig gedruckt wurde. Da einige Gemeindevertreter den Budenchecker in den Verwaltungen zum Mitnehmen auslegen und andere ihn auf Nachfrage weitergeben möchten, stellt sich im Allgemeinen die Frage, wie eine regelmäßige und ausreichende Versorgung der Rathäuser mit Exemplaren des Budencheckers sichergestellt werden kann.
Hinzu kommt der Hinweis eines Interviewpartners, dass es im Hinblick auf personelle Wechsel in den Verwaltungen zentral sei, immer wieder zu informieren und zum Austausch einzuladen.
Abschließend und mit Blick in die Zukunft finden sich im folgenden Zitat weitere Anmerkungen eines Interviewten:

„Insgesamt finde ich es eine tolle Sache, dass jetzt am Thema Buden gearbeitet wurde, auch unter Einbeziehung der Bürgermeister und Ortsvorsteher und allem, was dazugehört. Da kann man immer wieder drauf zurückgreifen. Ich finde es gut, dass das jetzt gemacht wird und auch,

dass es so veröffentlicht wird. Ob es jetzt im Einzelfall konkrete Auswirkung hat, das kann ich so im Moment nicht sagen. Da muss man im Gespräch bleiben. (…) Ich möchte einfach ermuntern, in dieser Richtung weiterzumachen, damit das, was man erarbeitet hat, auch aktuell bleibt."

4 AUSWERTUNG DER BUDENFOREN

4.1 Budenforum 2012

Zu Ende der Veranstaltung wurde ein kleiner Fragebogen verteilt, der Grundlage für weitere Planungen sein soll. Insgesamt konnten 41 Fragebögen ausgewertet werden (29 Budennutzer/innen, 11 Verantwortliche aus Gemeinden sowie ein Grundstückseigentümer). Nachfolgend die wichtigsten Ergebnisse.

Wie zufrieden waren Sie mit der heutigen Veranstaltung?

Die große Mehrheit der Anwesenden zeigte sich mit dem Budenforum 2012 sehr zufrieden (14 Nennungen – und hier v.a. die Jugendlichen selbst) bis hin zu eher zufrieden (26 Nennungen). Nur eine Person bilanzierte „eher unzufrieden“ zu sein. Gefragt nach den Gründen für ihre Bewertung, benennen die Befragten folgende Punkte:

Gemeindeverantwortliche:

- Offener Austausch, Probleme wurden genannt und thematisiert
- Verschiedene Interessensgruppen
- Veränderung Blickwinkel auf jugendliche Interessen
- Austausch Handhabung anderer Gemeinden
- Austausch mit anderen Budennutzern/ anderen Verantwortlichen war hilfreich und interessant
- Es brachte mir keine neuen Erkenntnisse
- Die Erfahrungen der einzelnen Budenbesucher zu hören und hinterfragen „gibt es diese Probleme auch bei uns?“
- Es war positiv die verschiedenen Meinungen, aber auch Problemstellungen der Buden zu hören
- Es ist gut, wenn das Thema Buden in diesem Kreis diskutiert wird. Während der Diskussionen war der Geräuschpegel zu hoch

Budennutzer/innen:

- Interessante Infos und gute Aufklärung in Jugendschutz usw.
- Austausch zwischen Budennutzern und den Verantwortlichen aus den Gemeinden gibt Einblicke in die Sichtweise der anderen
- Man bekommt viel von den anderen Buden mit!
- War sehr informativ!
- Es ist gut, dass nicht nur über das Negative geredet wird
- Man hat nützliche Vorschläge bekommen wie man Probleme lösen kann und Verbesserungsvorschläge
- Polizei sollte einer Bude mehr Hilfestellung geben bei Problemen
- Man bekommt viel von anderen Buden mit. Polizei sollte sich mehr für Buden interessieren wenn man sie anruft! Und es nicht als nervig oder überflüssig finden
- Austausch mit anderen noch unbekannten Buden
- Im Grundsatz gute Idee, aber es müssten nach meiner Meinung die Probleme der Buden besser angesprochen werden und vielleicht in einer größeren Gruppe nach Lösungen gesucht werden
- Man bekommt den Austausch zwischen Buden und Gemeindevertretern
- Zeit war etwas zu kurz für die Gruppendiskussionen
- Was haben wir mit dieser Sitzung erfolgreich erreicht? Ich gehe hier mit einer Ungewissheit aus dem Haus, nicht wirklich etwas erreicht!!!
- War interessant
- Es wurde wenig Konkretes verkündet, die Absicht der einzelnen Parteien (z.B. Polizei) war nicht klar. Es wurde über eine Nutzungsvereinbarung diskutiert, deren Inhalt aber nicht bekannt war. Das Ziel der Veranstaltung war mir nicht klar.
- Gut, dass dieses Thema mal besprochen wurde. Gut, dass man sich mit anderen Buden austauschen konnte.
- Man bekommt viel von anderen Buden mit
- Teilweise sind die Themen so verstanden worden, als wollte man den Buden einen Riegel vorschieben. Andererseits war es gut, dass man bestimmte Themen ausdiskutiert hat.
- Es war eine auf sehr hohem Niveau geführte Diskussion. Es war interessant von den Problemen anderer Buden zu hören
- Einblicke in andere Buden sowie von der Sicht der Gemeinde/ Grundstücksbesitzer. Einsicht in die Probleme der Budenneugründungen

Eigentümer:

- Veranstaltung ok, da aber alle Buden unterschiedlich sind, ist ein allgemeines Regelwerk schwer

Wünschen Sie sich weitere Angebote zum Thema Jugendbuden?

Mehr als zwei Drittel der Befragten wünschen weitere Veranstaltungen zum Thema Jugendbuden. Hier melden sich auch die Gemeindeverantwortlichen deutlich zu Wort, von denen lediglich 3 der Anwesenden keine weiteren Veranstaltungen zum Thema wünschen.

Gefragt danach, was hilfreiche Angebote wären, nennen die Befragten u.a. folgende Punkte:

- **Informationen/ Infoveranstaltungen** (13 Nennungen)
  - Haftungsfragen und Jugendschutz
  - Vereinsgründung
  - Umgang mit Konfliktsituationen
- **gegenseitiger Austausch/ Beratung** (13 Nennungen)
- **Fortbildung** (5 Nennungen)
  - Gaststättenrecht in Bezug von Budenfesten/ Haftungsfragen
  - Konfliktlösung

Wünschen Sie eine Wiederholung des Budenforums?

Die große Mehrheit der Anwesenden spricht sich für eine Wiederholung des Budenforums aus. Lediglich 5 Personen wollen es bei einer einmaligen Veranstaltung belassen.

Gründe aus Sicht der Gemeindeverantwortlichen für eine Wiederholung des Budenforums:

- Wie geht es weiter? In welche Richtung geht die Entwicklung?
- Kontakt und Austausch mit Kollegen ist hilfreich – welche Probleme haben andere Gemeinden?
- Vertiefung spezieller Themen wie Haftung/ Verantwortlichkeit wären möglich
- Die meisten Probleme, die in Buden auftreten, werden sowohl von Budennutzern wie Verantwortlichen totgeschwiegen
- Jährliche „feste“ Einrichtung, hauptsächlich als Erfahrungsaustausch
- Austausch ist gut zur Selbsteinschätzung und für „Tipps und Tricks“

Gründe aus Sicht der Budennutzer/innen für eine Wiederholung des Budenforums:

- Gute Austauschmöglichkeit unter Buden, Probleme der anderen zu hören ist interessant
- Hilfestellung für andere Buden mit Problemen
- Damit lernt man die Interessen der Ämter kennen, kann sich gegenseitig austauschen

- Ist bestimmt auch für jüngere Budeneinsteiger hilfreich
- Andere Buden, die nicht da waren, sollen ebenso Einblicke erhalten. Die Bürgermeister/ Ortsvorsteher bzw. die Gemeinden sollten sich genauso über Buden Informieren.
- Interessante Informationen und Verbesserungsvorschläge.

4.2 Budenforum 2013

Am Budenforum 2013 nahmen insgesamt 38 Personen teil. Dabei handelte es sich um 21 Jugendliche/ junge Erwachsene aus Buden sowie 10 Vertreter/innen aus Gemeinden und 7 Personen, die im Ablauf mitwirkten. Wie schon im vergangenen Jahr wurden die Anwesenden darum gebeten, ihre Rückmeldung zur Veranstaltung mittels eines Fragebogen zu geben. Insgesamt kamen 21 Fragebögen zurück (7 von Gemeindevertreter/innen und 14 von Budennutzer/innen).

Alle Besucher/innen waren mit dem diesjährigen Budenforum wieder „sehr zufrieden“ (12 Nennungen) bzw. „eher zufrieden“ (9 Nennungen). Begründet wurde diese Einschätzung von den Gemeindevertreter/innen mit folgenden Aussagen:

- Gute Gespräche
- Mehr Zeit für Workshop
- „Mein“ Thema wurde umfassend angesprochen
- Positiv ist die gemeinsame Erarbeitung der Themen mit Budenmitgliedern, Gemeindeverantwortlichen etc.
- Kontakt/ Information von den verschiedenen Gruppen (Budenmitglieder/ Verantwortliche) sowie verschiedenen Kommunen
- Gute Mischung an Teilnehmern; Budenmitglieder als Experten – gute Rückmeldung
- Gute Workshop-Angebote

Die Budennutzer/innen nennen folgende Punkte:

- Ausführliche Informationen
- Gute Beratung

- Alle Fragen wurden beantwortet
- Ausführliche Erklärung und Infos
- Verständnis
- Viele neue Informationen gesammelt, mit anderen Budenmitgliedern ausgetauscht
- Weil es uns hilft, dass wir unsere Bude vielleicht doch neu aufbauen können
- Austausch mit Infos
- Austausch mit Gemeinderat, streetworker, etc. – nette Runde
- Haben Möglichkeiten/ Infos zur Baugenehmigung erhalten
- War sehr informativ und man hat sehr viel mitnehmen können
- Mehr dazu wie man eine Bude aufmacht
- Gute Veranstaltung, viel zu kurz, zu wenig Zeit für Input und Austausch
- Gut für bestehende und werdende Buden
- Infos zu allen Themen, die wichtig sind
- Zu den gewünschten Fragen Infos und Antworten bekommen, jedoch viel zu wenig Zeit!
- War interessant und informativ

Abgesehen von 2 Teilnehmenden (jeweils ein Gemeindevertreter bzw. Budennutzer) wünschen sich alle Anwesenden weitere Angebote zum Thema Jugendbuden.

Die Jugendliche wünschen sich Informationen zu folgenden Bereichen:

- Baurecht Bude (5 Nennungen)
- Neue Buden (3 Nennungen)
- Rechte und Pflichten (2 Nennungen)
- Recht, Jugendschutz
- Einbruch

Drei Wünsche gingen in Richtung Austausch und Beratung zu den Themen:

- Probleme mit Polizei und Gemeinde
- Umgang mit Alkoholausschank (2 Nennungen)
- Handhabung mit fremden Besuchern

Ein/e Budennutzer/in wünschte weitere Fortbildung zum Thema Deeskalation, ein/e andere/r Unterstützung im Bereich Finanzierungshilfen.

Auf Seiten der Gemeindevertreter/innen sprachen sich 4 Personen für einen weiteren „gegenseitigen Austausch“ aus, eine Person wünschte sich mehr Informationen zum Thema „Budenordnung/ Hausordnung“.

Alle Anwesenden sprachen sich für eine Wiederholung des Budenforums aus. Dabei gaben die Jugendlichen noch folgende Anregungen:

- Mehr Zeit dafür einplanen
- Viel mehr Zeit, evtl. sogar ganzen Tag?
- Baurecht von neuen Buden
- Mehr Werbung
- Berichte von Buden, welche erfolgreich Krisen bewältigt haben (Gemeindevertreter/in)

Insgesamt hat sich auch in diesem Jahr bestätigt, dass das Budenforum eine äußert produktive Form ist, Beteiligungsmöglichkeiten für Budennutzer/innen und Gemeindeverantwortliche herzustellen. In diesem Jahr haben - abgesehen von 4 Personen - die meisten Teilnehmer/innen das Budenforum zum ersten Mal besucht. Diese Tatsache lässt vermuten, dass das Budenforum von den jeweiligen Buden und Gemeinden sehr anlassbezogen und aus einem konkreten Anliegen heraus genutzt wird. Dies ist eine Arbeitshypothese, die es zukünftig noch zu überprüfen gilt.

5 AUSWERTUNG BERATUNGSANFRAGEN

Im Rahmen des Projektes „Buden bürgerschaftlich begleiten“ wurde vereinbart, eingehende Beratungsanfragen an das Kreisjugendreferat zu dokumentieren, um dabei auch zeigen zu können, mit welchem zeitlichen und personellen Aufwand diese Arbeit notwendigerweise verbunden ist.

Seit Januar 2013 sind beim Kreisjugendreferat insgesamt 9 Beratungsanfragen eingegangen, die jeweils ganz unterschiedliche Verläufe haben. Die eingegangenen Beratungsanfragen lassen sich unterschiedlich systematisieren:

Die Beratungsanfragen kamen in:

- drei Fällen direkt von den Budennutzer/innen selbst.
- In einem Fall von einem Grundstückseigentümer
- In drei Fällen über die jeweiligen Verwaltung/Ämter bzw. das Baurechtsamt
- Und in zwei weiteren Fällen über direkte Nachbarn.
- Weder Eltern noch Gemeinderäte haben sich direkt an das Kreisjugendamt gewendet.

Die Art der Beratungsanfragen und daraus folgend der Aktivitäten des Kreisjugendreferats ist sehr unterschiedlich:

- In zwei Fällen handelte es sich um bislang einmalige, kürzere Informationsgespräche (jeweils ca. 15 Minuten)
    - Eine Anwohneranfrage kam aufgrund der Berichterstattung bzw. Ankündigung des Budenforums 2012 im örtlichen Mitteilungsblatt zustande. Der Anfrage liegt das Thema Lärmbelästigung zugrunde.
    - Eine weitere Anfrage kam von einem Grundstückseigentümer, dem mit Hilfe des Budencheckers bzw. der landesweiten Broschüre zu Buden zunächst weiter geholfen werden konnte.

- In einem Fall handelte es sich um eine Beratungsanfrage, die durch mehrere Telefonate mit unterschiedlichsten Akteuren weiter voran gebracht werden konnte (Zeitdauer der Telefonate 15 Minuten bis zu einer Stunde). Hintergrund dieser Beratungsanfrage sind Konflikte mit dem Grundstückseigentümer. Der Beratungsprozess ist noch nicht abgeschlossen.

- In drei Fällen handelte es sich um längerfristig angelegte Beratungsprozesse mit einem Mix aus bilateralen Treffen und Gesprächen, Besuchen in Buden und der Teilnahme an Projektgruppentreffen oder der Moderation von Runden Tischen. Diese Beratungsprozesse sind momentan noch nicht abgeschlossen, es ist aber zu vermuten, dass diese Buden auch weiterhin noch der punktuellen Begleitung durch das Kreisjugendreferat bedürfen.
    - In einem Fall handelt es sich um Nachbarschaftskonflikte (Thema Lärmbelästigung)
    - In einem anderen Fall geht es um das Thema „Jugendschutz/ Ausschank von Alkohol“
    - In einem anderen Fall geht es um die Einrichtung eines bislang noch nicht vorhandenen Jugendtreffs.

- In zwei Fällen handelt es sich um sehr aufwendige Begleit- und Beratungsprozesse, die am ehesten mit dem Stichwort der Konfliktmoderation umschrieben werden können. Beide Beratungsanfragen zeichnen sich durch sehr komplexe Konfliktlagen und einer Vielzahl an beteiligten Akteuren (Bürgermeister, Verwaltung, Buden, Eltern, Anwohner, Polizei etc.) aus. Die Aktivitäten des Kreisjugendreferats reichen hier von Vorbereitungsgesprächen über Runde Tische, Durchführung von Workshops, Moderation von Steuerungsgruppensitzungen, Teilnahme an Gemeinderatssitzungen etc. bis hin zu einer ausführlichen Dokumentation von Konzeptionsentwicklungsworkshops in Buden und Gemeinden. Die jeweiligen Buden werden hier engmaschig gecoacht und in der Konfliktbearbeitung vor Ort unterstützt.

- Eine ganz neue Beratungsanfrage wurde beim diesjährigen Budenforum deutlich. Es handelt sich um den Baustopp für eine im Wiederaufbau begriffene Bude. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar, welche Dimensionen diese Beratungsanfrage annehmen wird. Es ist allerdings zu vermuten, dass auch hier eine längere Begleitung (nicht notwendigerweise Konfliktmoderation) nötig ist.

Insgesamt zeigt sich in der bisherigen Dokumentation der Beratungsanfragen, dass die Begleitung von Buden und anderen Akteuren zukünftig ein zentrales Handlungsfeld für das Kreisjugendreferat sein wird. Lediglich zwei Anfragen waren (zunächst) einmaliger Natur und nur eine weitere konnte zunächst telefonisch bearbeitet werden. Die deutliche Mehrzahl der Anfragen ist weiterhin im Prozess. Bei manchen wird dieser vermutlich reibungsloser verlaufen, bei anderen deuten sich komplexe Konfliktmoderationen an bzw. sie fanden bereits statt. Diese Arbeit kann nicht en passant geleistet werden, sondern braucht angemessene personelle und zeitliche Ressourcen.

Zwar kann dies nicht vollständig mit Zahlen belegt werden (da das Dokumentationsraster erst in 2013 eingeführt wurde), aber nach der subjektiven Einschätzung der Mitarbeiterin des Kreisjugendreferats haben die Beratungsanfragen an ihre Stelle seit bekannt werden des Budenprojektes und der Durchführung der Budenforen stark zugenommen. Um diesen Bedarf längerfristig sichtbar zu machen, wurde beschlossen, das Dokumentationsraster auch zukünftig weiterhin einzusetzen und einmal jährlich auszuwerten.